

KURZ UND PRÄGNANT

Erneute Übergriffe

Erneut wurde das Wahlkreisbüro der LINKE-Abgeordneten Margit Jung und Dieter Hausold in Gera mit einem Hakenkreuz beschmiert. „Es ist auffällig, dass Attacken gegen Linkspolitiker kurz vor der Landtagswahl massiv zugenommen haben und man es insgesamt mit einer immer gefährlicheren Art der Bedrohung zu tun hat“, sagte Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag und Parteichefin in Thüringen.

Die Zuspitzungen in der politischen Auseinandersetzung, wie sie von der AfD und einzelnen CDU-Abgeordneten vorgenommen wurden, dürften bei der Suche nach Ursachen nicht außer Acht gelassen werden. „Wenn LINKE-Politiker massiv bedroht und unter Druck gesetzt werden – sei es mit Beschimpfung, Verunglimpfung, Beschädigung von Geschäftsstellen, Manipulation von Autos, Drohbriefen und Telefonterror – dann zeigt das, welcher Geist der politischen Auseinandersetzung hinter solchen rüden und feigen Attacken steckt. Wir müssen aufpassen, dass nicht aus Worten politisch motivierte Gewalt wird. Es ist wichtig, dass auf allen Ebenen diese Anschläge klar verurteilt werden und Betroffene auf Unterstützung der Behörden und Institutionen hinsichtlich einer raschen Aufklärungsarbeit bauen können.“ ■

Die Alternative 54 e.V. mit erfolgreicher Bilanz

Auf der Mitgliederversammlung der Alternative 54 Erfurt e.V., der alle 28 Abgeordneten der Linksfraktion angehören, konnte die Vorsitzende des Vereins, MdL Diana Skibbe, am 10. Dezember eine durchweg positive Bilanz ziehen. „Allein im Jahr 2014 sind bisher 64.000 Euro an 181 Vereine zur Unterstützung von Projektarbeit als Spenden ausgereicht worden.“

Diana Skibbe erinnerte an die Vereinsgründung vor nahezu 20 Jahren, als die damaligen Mitglieder der PDS-Fraktion im Landtag eine konkrete Antwort auf den Diätenautomatismus nach Artikel 54 der Verfassung des Freistaats geben wollten: „An der Notwendigkeit und politischen Zielstellung des Vereins hat sich seither nichts geändert. Die Landtagsabgeordneten der LINKEN geben einen Teil der Diätenerhöhung weiter an Vereine und Projekte, die wichtige ehrenamtliche Arbeit leisten. Die Durchführung vielfältiger Aktivitäten auf sozialem, sportlichem und kulturellem Gebiet sowie der Jugendbildung wäre sonst gefährdet.“

Wir sind stolz darauf, dass unser Ministerpräsident Bodo Ramelow, der an der Versammlung teilgenommen hat, langjähriges Mitglied unseres Vereins ist und bleiben wird.“ Zudem seien auch die Mehrzahl der ausgeschiede-

nen Abgeordneten der letzten Legislatur Mitglied in der Alternative 54 geblieben und unterstützten weiterhin aktiv die Vereinsarbeit.

Die ausgereichten Spenden umfassen das gesamte Spektrum ehrenamtlichen Engagements, z.B. Theaterprojekte mit Jugendlichen, Sportveranstaltungen der Gehörlosenverbände, Unterstützung von Frauenhäusern oder Suchtpräventionsprojekte. „Seit der Gründung der Alternative 54 Erfurt e.V. haben wir 2.666 Projekte von Vereinen und Verbänden unterstützt. Dafür wurden bisher insgesamt rund 974.000 Euro gespendet. Das ist eine gewaltige Summe, aufgebracht allein von den PDS- bzw. LINKE-Landtagsabgeordneten“, unterstreicht Diana Skibbe und kündigte abschließend an: „Wir werden im Jahr 2015 unser 20jähriges Bestehen feiern können und gleichzeitig auch die Eine-Million-Euro-Spendenmarke überschreiten. Schon jetzt erfüllt uns das mit Stolz und Freude.“

Foto: Die Erfurter Landtagsabgeordnete Karola Stange übergab z.B. für die Jugend- und Schulplattform e.V. eine Spende der Alternative 54 zur Gestaltung der Herbstferienfreizeit für Kinder im Wohngebiet Roter Berg.



Für mehr Bildungsgerechtigkeit längeres gemeinsames Lernen und individuelle Förderung

Die Bertelsmann-Stiftung unterscheidet im „Chancenspiegel 2014“ vier Gerechtigkeitsindikatoren: Integrationskraft, Durchlässigkeit, Kompetenzförderung, Zertifikatsvergabe. Mit dem Chancenspiegel liegt eine umfassende vergleichende bildungspolitische Studie vor, welche Thüringen eine Entwicklung attestiert. Dazu erklärt Torsten Wolf, Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag:

Neben regionalen Disparitäten in den Indikatoren stellt die Studie auch auf das Merkmal soziale Herkunft ab. In allen Bereichen ist die Stadt Jena deutlich mit an der Spitze. Leider vergeblich die Studie in dem wichtigen Feld „Integration und Förderung“ einiges, was zu dem Bereich Bildungsgerechtigkeit unerlässlich ist.

Die Studie weist aus, dass 2012 durchschnittlich 42,9 Prozent der Grundschüler in Thüringen den Weg in das Gymnasium fanden. Der höchste Wert liegt bei 54,7 Prozent (nicht klassifiziert), der niedrigste bei 29,1 Prozent (nicht klassifiziert). Regionen mit hoher Übergangswahrscheinlichkeit bei weiterführenden Schulen mit der Option auf das Ablegen des Abiturs (Gymnasien/ Gemeinschaftsschulen/ Gesamtschulen) sind Eisenach, Erfurt,

Gera, Ilm-Kreis, Jena sowie Weimar (durchschnittlich 67,7 Prozent), die mit der geringsten sind Apolda, Eichsfeld, Hildburghausen, Schmalkalden-Meining und Wartburgkreis (durchschnittlich 37,8 Prozent). Damit kann festgestellt werden, dass der Einfluss von Gemeinschaftsschulen und Gesamtschulen in den Städten und Landkreisen mit diesen Schulformen einen deutlich positiven Einfluss auf die Abschlussquoten zur allgemeinen Hochschulreife hat.

Entscheidung nicht in Klassenstufe 4 legen

Die Studie stellt fest, dass das Verhältnis der Wechsler vom Gymnasium auf die Regelschule (Abwärtswechsellern) bzw. Regelschule auf das Gymnasium (Aufwärtswechsellern) der Klassenstufen sieben bis neun in Thüringen bei 1:5,3 liegt. Das heißt, dass fünf Mal mehr Kinder durch die viel zu frühe Trennung in Klassenstufe 5 Abwärtswechsler werden. Ein klares Ergebnis, die Entscheidung für die weiterführende Schule nicht in die Klassenstufe 4 zu legen. Die Aussagen zu Klassenstufenwiederholungen sind für Thüringen nur von begrenzter Reichweite, da mit der neuen Schulordnung erst 2011 die Veränderungen kamen. Allgemein wird

von 1,7 Prozent ausgegangen. Die Schulstatistik weist für 2013/14 einen Wert von 1,5 Prozent aus. Also hier ein leichter Rückgang. Diejenigen ohne einen Schulabschluss werden mit 1.024 bzw. knapp 7 Prozent in 2012 angegeben (für 2013/14 weist die Schulstatistik 1.177 bzw. 8 Prozent aus, also einen Anstieg). Regional liegen hier der Landkreis Altenburg, HBN, Jena, Suhl, SOK und Sonneberg mit durchschnittlich 4,4 Prozent vorn, während Eisenach, IK, Nordhausen, Sömmerda und UH mit 9,5 Prozent durchschnittlich die Schlusslichter bilden.

Die Studie widmet sich dankenswerter Weise in einem extra Kapitel für Thüringen der Frage, ob Bildungsgerechtigkeit eine soziale Dimension hat. In Abhängigkeit vom Bildungsstand der Region, der Höhe des Einkommens und der Kinderarmut wird festgestellt, dass städtische Regionen mit eher geringem Einkommen, einem hohem Bildungsstand und geringer Kinderarmut sowohl die Übergangswahrscheinlichkeit an das Gymnasium erhöht (49,2 Prozent), die Quote der Wiederholer deutlich niedriger ist (1,4 Prozent) als auch die Zahl der Abgänger ohne Schulabschluss (3,5 Prozent) am geringsten ist. Im Gegensatz dazu schneiden eher ländliche Regionen mit durchschnittlichem Einkommen, eher

niedrigem Bildungsstand und relativ hoher Kinderarmutsquote in den Bereichen Wiederholer (1,9 Prozent) und Abgänger ohne Schulabschluss (mit 8,1 Prozent) besonders schlecht ab. In beiden Dimensionen sind keine Städte und Landkreise benannt worden.

Unterstützung für „Bündnis für gute Schule“

Die neue rot-rot-grüne Thüringer Landesregierung hat mit den Zielen des Koalitionsvertrages wichtige Bereiche zur Herstellung von Bildungsgerechtigkeit in Thüringen aufgegriffen und wird dies umsetzen. Der systematische Ausbau des längeren gemeinsamen Lernens bei Garantie aller Schularten, multiprofessionelle Teams, die Verstärkung der Schulsozialarbeit, ein neues Personalsteuerungsmodell, eine Qualitätsoffensive Inklusion und die Neueinstellung von mindestens 600 Vollzeitlehrkräften pro Jahr sind die richtige Antwort, damit Thüringen in 2019 von einem Mittelfeldplatz bei der Studie Chancenspiegel 2014 auf vordere Plätze gelangen kann. Das von Ministerin Dr. Birgit Klaubert angebotene „Bündnis für gute Schule“ als Angebot an alle Akteure zur Beteiligung auf diesem Weg unterstützt die Linksfraktion ausdrücklich! ■